

# Neueste Nachrichten

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt 1/2 Mark. Bezugsbedingungen sind stets nur bis Freitag für die kommende Woche zuillig. Inhalt der Ausgabe: 1. Seite: 1/2 Mark. 2. Seite: 1/2 Mark. 3. Seite: 1/2 Mark. 4. Seite: 1/2 Mark. 5. Seite: 1/2 Mark. 6. Seite: 1/2 Mark. 7. Seite: 1/2 Mark. 8. Seite: 1/2 Mark. 9. Seite: 1/2 Mark. 10. Seite: 1/2 Mark. 11. Seite: 1/2 Mark. 12. Seite: 1/2 Mark. 13. Seite: 1/2 Mark. 14. Seite: 1/2 Mark. 15. Seite: 1/2 Mark. 16. Seite: 1/2 Mark. 17. Seite: 1/2 Mark. 18. Seite: 1/2 Mark. 19. Seite: 1/2 Mark. 20. Seite: 1/2 Mark. 21. Seite: 1/2 Mark. 22. Seite: 1/2 Mark. 23. Seite: 1/2 Mark. 24. Seite: 1/2 Mark. 25. Seite: 1/2 Mark. 26. Seite: 1/2 Mark. 27. Seite: 1/2 Mark. 28. Seite: 1/2 Mark. 29. Seite: 1/2 Mark. 30. Seite: 1/2 Mark. 31. Seite: 1/2 Mark. 32. Seite: 1/2 Mark. 33. Seite: 1/2 Mark. 34. Seite: 1/2 Mark. 35. Seite: 1/2 Mark. 36. Seite: 1/2 Mark. 37. Seite: 1/2 Mark. 38. Seite: 1/2 Mark. 39. Seite: 1/2 Mark. 40. Seite: 1/2 Mark. 41. Seite: 1/2 Mark. 42. Seite: 1/2 Mark. 43. Seite: 1/2 Mark. 44. Seite: 1/2 Mark. 45. Seite: 1/2 Mark. 46. Seite: 1/2 Mark. 47. Seite: 1/2 Mark. 48. Seite: 1/2 Mark. 49. Seite: 1/2 Mark. 50. Seite: 1/2 Mark. 51. Seite: 1/2 Mark. 52. Seite: 1/2 Mark. 53. Seite: 1/2 Mark. 54. Seite: 1/2 Mark. 55. Seite: 1/2 Mark. 56. Seite: 1/2 Mark. 57. Seite: 1/2 Mark. 58. Seite: 1/2 Mark. 59. Seite: 1/2 Mark. 60. Seite: 1/2 Mark. 61. Seite: 1/2 Mark. 62. Seite: 1/2 Mark. 63. Seite: 1/2 Mark. 64. Seite: 1/2 Mark. 65. Seite: 1/2 Mark. 66. Seite: 1/2 Mark. 67. Seite: 1/2 Mark. 68. Seite: 1/2 Mark. 69. Seite: 1/2 Mark. 70. Seite: 1/2 Mark. 71. Seite: 1/2 Mark. 72. Seite: 1/2 Mark. 73. Seite: 1/2 Mark. 74. Seite: 1/2 Mark. 75. Seite: 1/2 Mark. 76. Seite: 1/2 Mark. 77. Seite: 1/2 Mark. 78. Seite: 1/2 Mark. 79. Seite: 1/2 Mark. 80. Seite: 1/2 Mark. 81. Seite: 1/2 Mark. 82. Seite: 1/2 Mark. 83. Seite: 1/2 Mark. 84. Seite: 1/2 Mark. 85. Seite: 1/2 Mark. 86. Seite: 1/2 Mark. 87. Seite: 1/2 Mark. 88. Seite: 1/2 Mark. 89. Seite: 1/2 Mark. 90. Seite: 1/2 Mark. 91. Seite: 1/2 Mark. 92. Seite: 1/2 Mark. 93. Seite: 1/2 Mark. 94. Seite: 1/2 Mark. 95. Seite: 1/2 Mark. 96. Seite: 1/2 Mark. 97. Seite: 1/2 Mark. 98. Seite: 1/2 Mark. 99. Seite: 1/2 Mark. 100. Seite: 1/2 Mark.

### Die fleißigen Sachverständigen.

Der Gegenstand der geistigen Beratungen.

Paris, 25. Januar. Im Hotel Victoria haben die Sachverständigen auch gestern eine rege Tätigkeit entfaltet. Der erste Ausblick ist zu einer Besprechung über das deutsche Währungsproblem zusammengetreten. Morgen früh verlässt sich der Reichstag auf eine Besprechung über die Frage der Währungsreform. Die Mitglieder des Ausschusses haben bereits zum großen Teil Paris verlassen, um am Donnerstag in Berlin wieder zusammenzutreten. Auch Dr. Schacht ist gestern abend aus Paris abgereist. Man erwartet, dass er von Poincaré empfangen wird. Man erwartet in den unterrichteten Kreisen, dass Poincaré durch eine Reihe wichtiger Fragen sein Interesse für das Projekt des Dr. Schacht bekunden wird. Nach der Abendzeitung hat die Rede des Finanzministers Dr. Luther hier verlaufen. Dessen Worte lassen nach der Ansicht französischer Kreise auf einen Vorstoß Deutschlands gegen den Friedensvertrag schließen. Das blinde im Widerspruch mit dem Geiste sozialer Zusammenarbeit, den die Sachverständigen zu vertreten suchen.

Paris, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der New York Herald glaubt zu wissen, daß der Erste Sachverständigenausschuss sich gestern vor allem mit dem Problem der Steuererhöhungen des Deutschen Reiches beschäftigt, um zu ermitteln, ob die Einnahmen genügend vermehrt werden können, damit der deutsche Staatshaushalt während der nächsten Jahre jenseit der Reparationszahlungen mit der Bezahlung der Besatzungskosten genügen kann. Weiter hat der Sachverständigenausschuss beschlossen, in welchem Ausmaß Briantons auf den Zustand der Reichsfinanzen herangezogen werden können. Wie New York Herald weiter meldet, haben die Delegierten des Ersten Ausschusses gestern den Meinungsentscheid über den Wert der deutschen Eisenbahnen getroffen, der nach ihrer Auffassung erheblich gesteigert werden könnte, wenn die Tarife in Zukunft nach dem Vorbild der übrigen Länder in Gold berechnet würden.

### Dr. Schacht über die Goldmark.

Paris, 25. Januar. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den höchsten Vertreter der „Telegraphen-Liga“ empfangen, um ihm einige Mitteilungen über seine Tätigkeit und seine Eindrücke in Paris zu geben. Dr. Schacht betonte zunächst, daß er sich mit Rücksicht auf sein Amt nicht über seine Angelegenheiten, der größten Zurückhaltung befleißigen habe, und daß er bisher in der Regel für die Presse bestimmte Mitteilungen gemacht habe. Er betonte, daß die Angaben über sein Projekt, des sogenannten Goldmarkprojektes, die heute in Paris im Umlauf sind, nichts anderes seien, als Versuche aus einem von ihm noch einigen Zeit verstrichenen Zeitpunkt, und daß keine Angabe über die Höhe der Goldmark zu machen sei. Er betonte, daß er erwiderte, verändere sich naturgemäß im Laufe der Ereignisse, und es habe ein anderes Aussehen als vor einigen Monaten.

Im wesentlichen ist das Goldmarkprojekt der Inhalt der Verhandlungen Dr. Schachts mit dem Sachverständigenausschuss gewesen.

In der ersten offiziellen Sitzung des Ausschusses, an der er teilnahm, — am vergangenen Montag nachmittags — hat Dr. Schacht darüber einen längeren Vortrag gehalten, dem sich eine längerer Diskussion angeschlossen. Herr Dr. Schacht betonte, daß er seine Ansichten im Ausschuss deutlich ausgesprochen habe, daß dieser jedoch nicht ihm angeschlossen, sondern zum Teil andere Ideen verfolgte, die doch nicht für alles, was beschlossen werden sollte, der Reichsbankpräsident verantwortlich gemacht werden kann. Dr. Schacht erklärte fernerhin, daß gegenüber einer in Deutschland verbreiteten Auffassung, wonach er für die Gründung der Goldmark allein verantwortlich sei, die gleichbedeutend wäre mit einer politischen Aktion, in Anspruch nehmen, sondern daß er die Bank mit dem in Deutschland befindlichen Devisenbesitz gründen und ausländisches Kapital zur Beteiligung am Unternehmen zulassen wolle.

Das sei etwas ganz anderes, und dieser Unterschied sei von Wichtigkeit. Den ausländischen Devisenbesitz in Deutschland hofft Dr. Schacht für Deutschland in hohem Maße nutzbar machen zu können und zwar im Interesse Deutschlands selbst, das ohne eine wirtschaftlich fundierte und reelle Währung zu keiner Wirtschaftsentwicklung kommen kann. Ueber die Frage der Finanzierung stellte er folgende Punkte: Dr. Schacht erklärte, indem er erklärte, daß ein wirtschaftlich so hoch gestelltes Land, wie Deutschland, nur aus eigenen Kräften extraricente Arbeit leisten könne. Dagegen sei die Beteiligung von Ausländern, darunter Neutralen, im Sachverständigenrat der Bank vorzuziehen, damit die Vertreter fremder Kapitalisten sehen können, wie in Deutschland die Währung zu gründen ist. Auch die Idee einer internationalen Wirtschaftsgemeinschaft, wie die der Rheinischen Bank lehnt Dr. Schacht ab. Man könne in Deutschland nur als Ganzes Geschäfte machen, dagegen nicht mit einzelnen Teilen. Schließlich erklärte Dr. Schacht, daß jenseitigen dem Goldmarkprojekt und dem Reparationsproblem ein gemeinsames Ziel stehen müsse, nämlich die Schaffung einer Währung, die die deutsche Wirtschaft zu gründen könne. Die Währung könne keine Reparationszahlungen geben, sondern daß diese Reparationszahlungen in Gold zu leisten sind, worauf die Grundlage einer Verständigung führen werde.

### Der englisch-französische Regiezwist.

London, 25. Januar. Antarktis wird gemeldet: Dant der beherrschten Regierung der Pariser Regierung, die Unterstützung des Direktors der französisch-belgischen Regie unter den zwischen dieser Behörde und den englischen Besatzungsbehörden am 14. Dezember des vorigen Jahres zustande gekommenen Vereinbarungen anzuerkennen, nämlich das Problem der rheinischen Eisenbahnen immer noch ungelöst in der Luft. Die Folge davon ist, daß die Linie Ruhr-Dreieck, zu deren Betriebsführung die englischen Behörden die deutsche Eisenbahnverwaltung im Interesse Frankreichs angeworben haben, vom Verkehr der Regie geradweg verstopft

### Treueerklärung des besetzten Gebietes.

Vor der Entscheidung der Lebensfragen von Rhein und Ruhr.

Berlin, 25. Januar. Wie die „Telegraphen-Liga“ hört, hatten sich gestern in Berlin die preussischen Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitglieder des besetzten rheinischen und Ruhrgebietes zu einer Aussprache über die politische Lage zusammengefunden. Sämtliche Redner stellten sich in ihren Ausführungen auf den Standpunkt, daß weder für irgendeine politische Partei noch für die rheinische Bevölkerung eine Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Rheinlande, insbesondere nicht eine Koalition von Preußen in Frage kommen könne. Folgende Entschließung gelangte zur Annahme:

„Die Abgeordneten des Preussischen Landtages und die Mitglieder des preussischen Staatsrats aus dem besetzten Gebiet, aller politischen Parteien verbunden gegenüber den französisch-belgischen Währungsangelegenheiten ihren unerhöhtlichen Willen, im nachsichtlichen Interesse der Bevölkerung des besetzten Gebietes an der Zugehörigkeit zu Preußen und zum Reich festzuhalten. Eine Abtrennung aus der von Preußen würde in ihrer politischen Folgerichtigkeit ein entscheidender Schritt zur völligen Auflösung des Deutschen Reiches sein. Die Abgeordneten des besetzten Gebietes erwarten von der Reichs- und Staatsregierung, daß sie bei allen Maßnahmen die selbstherrliche Gemeinschaft vor heilesten und unbedingten Gebot als Richtschnur beachtet, daß insbesondere die Beziehung für die Befahrung und die Erwerbslosensicherung vom ganzen Reich gemeinsam getragen wird. Ferner hat beim Personalabbau die besonderen Verhältnisse im besetzten Gebiet in angemessener Weise zu berücksichtigen.“

Berlin, 25. Januar. Am Samstagabend bezog das Reichskabinett um 2 Uhr über die gesamten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der besetzten Gebiete. Gleichzeitig hat auch die preussische Regierung sich mit den Fragen der besetzten Gebiete wieder hundert befaßt. Der Anlaß zu diesen Beratungen ist in dem Bericht zu sehen, den der deutsche Geschäftsträger in Paris, über die Auffassung der französischen Regierung in den Fragen der besetzten Gebiete erstattet hat. Es scheint sich immer deutlicher zu zeigen, daß die Forderung, mit einer Lösung der Reparationsfrage auch die sofortige Freiheit der besetzten Gebiete zu erlangen, hinsichtlich ist. Die französische Regierung bemüht sich immer fester, ihre Position in den besetzten Gebieten mit militärischen Mitteln zu befestigen. Außerdem muß die Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die die deutsche Regierung in dem letzten Memorandum behandelt hatte, weniger nach der formellen Art von Frankreich und Belgien, noch aber nach den persönlichen Erklärungen, die dem deutschen Geschäftsträger gegeben wurden, dazu führen, daß neben den alten Problemen der besetzten Gebiete von der Ententeleite her die sogenannte Sicherheitsfrage aufgeworfen wird.

### Kommunikationsverflechtung am Rhein.

Paris, 25. Januar. Dem „Journal“ wird aus Mainz mitgeteilt, daß die französische Administration der Rheinlande nach einmütiger Entscheidung eine in der nächsten Woche in Mainz zu beendende Erklärung habe, die die französischen Soldaten zur Fahnenflucht zu überreden versucht hat. Mehr als 70 Personen seien von der Polizei dinget, gemacht worden, darunter zahlreiche Deutsche, Tschechoslowaken, Schweizer, Polen, Franzosen und Russen. Die Führer der Organisation seien der Tschechoslowake Kommandant und der Deutsche Wismann aus Köln. Der Sitz der Organisation befindet sich in Oberfeld. Außerdem verfügt sie über eine Zweigstelle in Solingen. Die Verhandlungsabende wurde von französischen und deutschen Kommunisten ins Leben gerufen. Ihre Tätigkeit erstreckte sich auf Bonn, Aachen, Trier, Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Saarbrücken und Worms. Zu den Verschwörern gehörte u. a. auch ein Arbeiter, der damit beauftragt war, antimilitärische Flugblätter in arabischer Sprache abzufassen und sie an die eingeborenen französischen Truppen zu verteilen.

### Kommunikationsverflechtung in Sachsen.

Dresden, 25. Januar. Aus dem Gebiete von Aue und Schwarzenberg werden größere Unruhen gemeldet, die im Hinblick auf öffentliche Beunruhigungen der Gewerkschaften entstanden. Größere Zusammenkünfte auf den Straßen nahmen einen gefährlichen Charakter an und wurden, dem Befehl, die Straßen frei zu machen, nicht Folge gegeben wurde, von der Polizei mit Hilfe von Gewerkschaften und schließlich durch den Gebrauch der Waffen auseinandergetrieben wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden sieben Polizeibeamte und 16 Demonstranten verletzt. In Auerbach bei Aue wurde ein Polizeikommando, bestehend aus einem Offizier und acht Beamten, umzingelt und bedroht.

Dresden, 24. Januar. Der Landtag ist mit 51 Stimmen der Deutschen Sozialpartei, der Reichsbundtraktanten und der Reichheit der Sozialdemokraten gegen 37 Stimmen der Deutschen, der Unabhängigen der Sozialdemokraten und der Kommunisten den von der Minderheit der Sozialdemokraten ausgehenden Antrag auf Auflösung des Landtages noch lechziger Debatte ab.

### Arbeitsvertrag oder Staatsgewalt

Von W.H. Mertel, Vorsitzenden des Christlichsozialen Bundes der Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Zur Vorbereitung des Meinungsaustausches zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Arbeiter gehen zur Zeit „Arbeitsvertrag“ und „Schlichtungsausschuss“. Die Ausschüsse haben sich mit klumper Hand in das keine Arbeitsverhältnis und Arbeitsrecht“ eingelassen. Die Folgen betreffen in zahllosen Bemerkungen unserer Wirtschaft. Sie machen sich heute geltend bemerkbar in den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes. Sie sollen im Begriff, sich nach dem Jenseit der neuesten Sozialpolitik, die rechtlichen und sittlichen Stellen des Arbeitsverhältnisses neu aufzubauen. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir die folgenden Ausführungen. Sie machen die Bedeutung des Verhältnisses festzulegen zu sein. Aber wir halten es für außerordentlich erwünscht, daß in der letzten Zeit und Gegenseite die Punkte zusammengefasst werden und festgelegt werden. Der Arbeitsvertrag, die Rechte und Pflichten, die Auslegung und Ziel der Darlegungen sein muß. Arbeitsverträge in deutschen Verhältnissen ist in Gegenwart und Zukunft eine der ersten Voraussetzungen für wirtschaftliche und nationale Gesundheit. Wenn unter diesem Gesichtspunkt Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat gemeinsam an der Realisierung unserer politischen Verhältnisse arbeiten, dann muß es auch gelingen, die heute so schwer auf den arbeitenden Bevölkerungslagen zu überbrücken. Die Schlichtung.

Dabei ist in Deutschland eine nicht unerhebliche Erfahrung in Verhandlungen über den Arbeitsvertrag zu verzeichnen ist, demgegenüber die Augenblicke das Ringen um die Schlichtungsausschüsse die Beteiligten recht erheblich. Es ist nicht zu leugnen, daß es wichtigere Fragen in dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer gibt, als die der Lohn- und Gehaltsfrage des Arbeiters zum Angehörigen. Indessen ist gerade diese Frage vor allen anderen in den Vordergrund getreten; das dürfte auch noch eine nicht unerhebliche Zeit weiterhin der Fall sein. Als unbedeutend wird diese Frage nie zu achten sein, sie muß immer neu und neuem Geist werden, sie wird stets von neuem zu Auseinandersetzungen führen.

Diese Auseinandersetzungen würden von niemand behauptet, wenn sie nicht in der Vergangenheit dazu beigetragen hätten. Es ist ein in der Tat ein großes Versehen, die wirtschaftlichen und nationalen Kräfte eines Staates zu zerplittern und zu schwächen. Die gegenwärtige politische Lage läßt eine Fortsetzung dieser unfruchtlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe kaum noch länger erlauben. Wir hoffen mit allen Mitteln zu wirken, die darin bestehen, die Formen des Meinungsstreites hindern. Die bereits erwähnte ausgedehnte Lösung, die wohl der Zahl nach kein anderes Volk aufzuweisen hat, läßt zu der Annahme neigen, daß wir in der Lage sein müßten, diesen Meinungsstreit in weniger gefährliche Formen hinduzuleiten.

Der Gewinn für unsere deutsche Wirtschaft und unter Gemeinheitsleben wäre außerordentlich groß, wenn es gelingt, die Lohn- und Gehaltsfrage zu einer rechtlichen Angelegenheit zu machen und zu entscheiden. Im guten Willen in beiden Lagern wird es dabei nicht fehlen; aber es ist hier und dort am nötigen Verständnis mangelnd. Wo eine leiblich lebenswichtige Forderung der Arbeiter oder Angehörigen als Begriffslosigkeit oder Unverständlichkeit der Wahlen abgewiesen wird, kann die Tarifvertragsgegenseit ebenfalls verweigert werden, wie dort, wo in jeder Beziehung eines Verlangens der Arbeitnehmer, die darin faktisch liegende unzureichende brutales Schamdrummen wittert. Es muß möglich sein, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Haß und Zorn und Mißtrauen darüber ratschaffen, was ein Gewerbe für seine Angehörigen abwirft und was ein Arbeitnehmer billigerweise verdienen muß. In der Regel natürlich! — denn es wird auch unter den günstigsten Verhältnissen schwer sein, die Meinungen vollkommen übereinzubringen. Aber es ist auch unzureichend, wenn aber andere Mal eine Verständigung überhaupt nicht gelangt. In diesem Punkte erst entsteht die Frage: darf und soll der Staat eingreifen?

Vertrag kommt von „vertragen“ und das Wesen des Vertrages — auch des Tarifvertrages — ist die Freiwilligkeit der Vertragsparteien. Es unterliegt darum gar keinem Zweifel, daß gemeinlich der Tarifvertragsabschluss das Ergebnis vieler Verhandlungen und Unterhandlungen sein muß. Zwang von Rechtskraft trägt den Wert des Vertrages um, verhindert die Ausbildung der notwendigen Vernehmlichung der Tarifvertragsgegenseit. Es ist ein durchaus ungelungene Erscheinung, daß die Anzahl der Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten vor dem antiken Schlichtungsausschuss zugenommen hat. Die Schuldfrage bleibt hier unerörtert. Greifereitweise darf aber das eine gesagt werden, daß der Arbeiter nicht auf der eigentlichen Arbeiter Seite die Verantwortung für die Streiks zu sein braucht. Auf alle Fälle darf jedoch nicht der vorzeitige Schluss gezogen werden, daß das antike Schlichtungsausschuss an sich ein Liebel sei.

Der Arbeitsvertrag ist zu vergeben hat, der kann die Dinge an sich herantommen lassen, wenn er mit dem Arbeitnehmer nicht einig wird. Dieser aber hat die Wahl zwischen Nachgeben oder Streit. Er entscheidet sich für das erste, wenn er sich auf wirtschaftlichen und nationalen Folgen von der Anwendung seiner Kraft zurückzieht. Gerade der Fall, daß der Arbeitnehmer gemäßigteren aus sittlichem Stand gegenüber der Allgemeinheit vor dem Streit zurücktritt, ist bei den Angehörigen (die Beamten stehen hier außer Betracht) sogar die Regel. Indessen bleibt es sich aber gleich, ob gemindert oder nicht auf Nachgeben teil, die kann ebenso gemäßigten sein, wie die der Streit selbst. Das sind Fragen, über die nicht an sich an der Wahrheit. Der Streit führt die Wirtschaft, mindert ihre Erträge, verjüngt die Volksgemeinschaft; die Entlassung verdirbt aber auch und zerlegt ebenfalls nicht weniger. Je schwächer die entlassene Gruppe, um so wahrscheinlicher, daß die Entkommen, mit dem sie sich abfinden darf, gleichbedeutend ist mit unzureichender Entlohnung, mangelnde Bildung, mangelnde Ausbildung und einem in der Erziehung unzureichenden Nachwuchs. Diese Menschen werden wertlos für Volk und Staat, weil sie für Wirtschaft und Wohlstand für sich selbst, selbst und selbst untauglich sind. Kann zu einer derartigen Entlohnung der Staat, zumal der unfähige, taugliche zurecht?

Hierauf gibt es nur ein Nein. Dieses Nein wird zum Ja auf die Frage nach amtlichen Einrichtungen zur Schlichtung sonst nicht begehrender Arbeitsfreiheiten. Das bleibt freilich der Vorbehalt. Man darf nicht bei jeder Gelegenheit zu dem Bescheidene greifen, er muß die Notwendigkeit bei dem Einverständnis sein; immer gebührend, aber nur für den letzten Fall der Gefahr zur Benutzung. Die Schlichtungsordnung, zu annehmen, so von den Beteiligten gebilligt wird zum wertvollen und unentbehrlichen Glied der Tarifvertragsordnung und ein wichtiger Förderer des Wirtschaftslebens. Durch das Mittel der Schlichtungsordnung, die Schlichtungsordnung, die die Schlichtungsordnung gegenüber der Schlichtungsordnung, die ihren Standpunkt verarbeitenden Parteien ihren Entschuldigenden Geleitet zu geben. Nach einer weiteren Bestimmung wäre zu wünschen: Streik und Aussperrung müssten verboten sein, die nicht der amtlichen Schlichtungsstelle Gelegenheit zu einem letzten Einigungsversuch gegeben worden ist.

Die Sozialdemokratie, auch die sozialistischen, die freien Gewerkschaften, haben allerdings eine Schlichtungsordnung, die den wiederholt in Aussicht genommenen Anrufungsweg vor einem Streik vorzieht, auf bestmögliche Befriedigung. Sie wollen um jeden Preis den Klassenkampf und dazu sind ihnen zugegebenermaßen Lohn- und Gehaltsfreilichkeiten der geeignete stets wiederkehrende Anreiz. Das Bestreben, die Schlichtungsordnung, die die Schlichtungsordnung gegenüber der Schlichtungsordnung, die ihren Standpunkt verarbeitenden Parteien ihren Entschuldigenden Geleitet zu geben. Nach einer weiteren Bestimmung wäre zu wünschen: Streik und Aussperrung müssten verboten sein, die nicht der amtlichen Schlichtungsstelle Gelegenheit zu einem letzten Einigungsversuch gegeben worden ist.

### Die Lohnpolitik des Finanzministers.

Die Ansicht der Arbeitgeberverbände.  
Berlin, 24. Jan. Vom Arbeitgeberverband wird der 'Telegraphen-Union' mitgeteilt: Die deutsche Arbeitgebervereine hat von dem Reichsminister für Reichsanwaltschaft und Reichsarbeitsministerium mit größtem Interesse Kenntnis genommen. Sie steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Schlichtungsordnung, die ihren Standpunkt verarbeitenden Parteien ihren Entschuldigenden Geleitet zu geben. Nach einer weiteren Bestimmung wäre zu wünschen: Streik und Aussperrung müssten verboten sein, die nicht der amtlichen Schlichtungsstelle Gelegenheit zu einem letzten Einigungsversuch gegeben worden ist.

Der Lohnschlüssel der Privatwirtschaft hat, wie die Verhältnisse zeigen, immer seine Bedeutung auf die Tarifpolitik des Reiches ausgeübt und umgekehrt. Dies gilt namentlich für die Betriebsratgeber des Reiches und der Eisenbahn. Wenn die Privatwirtschaft auf diese Richtung keine Rücksicht nimmt, und wenn sie namentlich durch einen Zurückgang in amtlichen Schlichtungsorganen gegen ihre bessere wirtschaftliche Ansicht noch zur allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus gedrängt wird, so wird die Unzufriedenheit der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches naturgemäß von Tag zu Tag größer werden. Es muß auf keinen der Privatwirtschaft alles vermindern werden, um die Rücksicht auf die schwere Lage der Staatsbeamten und Angestellten nicht auch in immensum mehr zu vergrößern. Die Privatwirtschaft ist sich auch in ihrer eigenen Lohnpolitik darüber klar, daß das gesamte deutsche Volk noch in einem Uebergangsstadium sich befindet und daß der entgeltlichste und dauerndem Abschluß unserer Lohnreform, wie sie zuerst auch von den Pariser Verhandlungen gefördert werden kann, das letzte Wort in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen für Staat und Privatwirtschaft nicht gesprochen ist.

Berlin, 25. Januar. Zu dem bekanntem Brief des Reichsfinanzministers an den Reichsarbeitsminister hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Protestentschließung dem Reichstag mit dem Ersuchen überreicht, eine Entschädigung der Reichsregierung in dem von dem

### Es zogen drei Burtschen wohl über den Rhein.

Roman von Erica Grege-Börger.  
73. Fortsetzung.  
Nachdruck verboten.  
Arndt sah seinem Alton stand bereits Wenger und spähte die Landstraße herab. Eine freundliche Angeluld brannte in dem immer so beherztigen Manne. Als er das Gefährt in der Ferne entdeckte, wollte er ihnen entgegen.  
Oh, es lag lootel Zuben in seiner ganzen Haltung! Melusine lächelte es mit heimlichem Glanz.  
Und sie mußte es: dieser Jubel galt ihr, galt ihrem Kommen heute!  
Dann sah man wieder droben in dem herrlichen Haus, auf halber Berghöhe frei gelegen, als sei man fern, als sei man hoch empor, aller Niederung, allem inneren Zwiespalt, aller Verbillenheit und Unzufriedenheit, wie sie drinnen in der Stadt in den einzelnen Kriegen immer mehr, gleich einem feinen glimmenden Feuer gegen die Wälder, gegen die roten farnsprühenden Käpfe lag.  
Seit Jahr und Tag war es nicht mehr so schön beim Fein Wenger gewesen. Seit langen Jahren nicht. Als Melusine zurückkam, während sie in der gemütlichen alten Bauernkuche saßen, wachte sie, daß seit den Jahren vor dem Kriege keine Stunde hier wieder so schön gewesen wie die heutigen.  
Darin lag es, daß Wenger so frühlich, so lebhaft, so voll übermütiger Freude konnte? Alles, was ihn einst ihr gegenüber im Raum gebildet und ihn wunderbarlich im Jahr haltend gemacht, weil er stets einen anderen zwischen sich und ihr stehen ließ, — das war nun abgefallen. Nichts mehr stand nun zwischen ihnen beiden. Und er lächelte, auch sie lag jetzt am Herzkloß der eigenen Heimat.  
Es war ein Maienfest, der erste Sonntag im Monat. Melusine im Dorfe Hangen Volkstheater auf. Oh, viele deutsche Volkstheater der letzten Wochen im Glas, viel handere beste Frühlingsstücke. Maienfest!  
Fein Wenger sagte sich ins Klavier und zog nun all die Melusine brünten dem Fuß des Berges hier in sein Haus empor. Arndt und Melusine saßen auf der dritten eidegen Dienbank am grünen Rasenloos und lauschten. Melusine hatte die Hände um die Arme geschlungen. Wie lange hatte sie keine Volkstheater mehr auf dem Klavier vor sich gesehen!  
Da entziffte sie, zu Anfang, Soldaten müssen sein...  
Was war? Ach Fein Wenger hatte ihren Fuß bemerkt. Er unter-

Gewerkschaften genährten Sinne herbeiführen zu wollen. Mit Rücksicht auf die große Erregung der Arbeiterklasse bittet der Bundesvorstand der Reichsarbeiter um einen schnellen Beschluß über die Schlichtungsordnung Gewerkschaften haben einen ähnlichen Protest eingereicht.

### Der preussische Bergwerksbeif.

Sitzung des Preussischen Landtags.  
Berlin, 24. Januar. Der Preussische Landtag hatte auf die Tagesordnung seiner Sitzung vom Donnerstag neben einer Anzahl kleiner Beschlüsse auch den Antrag über das Gemeinwohlrecht und die Verordnung zur Änderung des Berggesetzes. Über letzteren wurde eine einstimmige Beschlussefassung gefaßt. Gleichzeitig wurde ein kommunistischer Antrag behandelt, der die Verstaatlichung der Bergwerke und die Uebertragung ihrer Verwaltung auf die Arbeiterorganisationen betraf. Der Reichstag hatte die Kommunisten ebenfalls diesen Antrag behandelt und dabei den Grundbesitzern den Vorzug gemacht, sie verdienten an dem Bergwerksgewinn. Dem Reichstag hat heute der landespolitische Bergwerksminister Herr Roth entgegen, der auf die folgenden Seiten des Mitommens für die Industrie

hinsieht. Für eine Sozialisierung war Österreich nur auf dem Boden der Verfassung zu haben. Die Einkünfte von den Bergwerken sollten unter der Bedingung der Uebertragung der Bergwerke an die Arbeiterorganisationen stehen und die Hälfte der Bergwerksverträge zu und wünschig, daß das unbestimmte Gebiet an der Ertragung der Kosten aus dem Bergwerksgewinn befreit werden möchte. Die Arbeiterorganisationen sollten die Kosten der Bergwerke zu und wünschig, daß das unbestimmte Gebiet an der Ertragung der Kosten aus dem Bergwerksgewinn befreit werden möchte. Die Arbeiterorganisationen sollten die Kosten der Bergwerke zu und wünschig, daß das unbestimmte Gebiet an der Ertragung der Kosten aus dem Bergwerksgewinn befreit werden möchte.

### Die allgemeinen Gemeinwohlheiten.

Sollen nach einem früheren Beschluß des Landtags bekanntlich am 4. Mai stattfinden. Heute lag nun darüber ein Gesetz vor, welches nach einige Einzelheiten des Gemeinwohlrechts regeln soll. Das Gesetz enthält die Bestimmungen über die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen und die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen und die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen.

In ähnlichen Schritten werden weitere Maßnahmen vorgeschlagen, und in Aussicht habe eine Schulreform die Kinder die Volksschulen lassen sollen, worauf ein Teil der Schüler, Deutschland, Deutschland über alle" anhielt. Der Reichstag vom Zentrum trat für die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen ein. Der Reichstag vom Zentrum trat für die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen ein. Der Reichstag vom Zentrum trat für die Uebertragung der Bergwerke auf die Arbeiterorganisationen ein.

### Die Ueberführung der Leiche Lenins.

Moskau, 24. Januar. Gestern um 7 Uhr morgens trat die zur Ueberführung der Leiche Lenins gemächte Delegation in Gorki ein. 10 Uhr morgens wurde die Leiche, die in einem von rotem Stoff überzogenen Sarg ruhte, von Stalin, Dubnow, Krasin, Nafarin, Sinowjew und Ramenow aus dem Hause getragen. Die nächsten Freunde und Schüler Lenins, die Mitglieder der Regierung und des Zentralkomitees der Partei trugen abwechselnd den Sarg bis zur vier Kilometer entfernten Eisenstation. Um 1 Uhr mittags erreichte der Transzug Moskau. Es folgte eine Andachtsfeier von fünf Minuten Dauer, während derer jede die Bevölkerung während dreier Tage von ihrem toten Führer Abschied nehmen kann. Im Verbleiben des nach dem Kaufhaus geschickten Trogts trat eine Verhinderung ein. Trogts wird an den Transverkeferten für Lenin nur dann teilnehmen, wenn in seinem Zustand eine Besserung eintritt. Das militärische Preisorgan Trogts verbleibt heute den Leninismus als die Zukunftsparole Sozialismus.

Lenins Krankheit hat seit Jahr und Tag zu den wiederholten Besuchen im Anstalt geführt. Die bekanntesten deutschen Gelehrten, Redakteure und Intellektuellen unter ihnen die Professoren Geheimrat v. Struppell und Geheimrat Bunte (Berlin), Professor Förster (Wreslau) und Professor Klempner (Berlin) waren an ihn Krankenlager berufen worden. Lange Zeit ging das Betreten der Sommerregierung darauf aus, vor allem die Tätigkeits des Kadlischen der geistigen Kräfte im Lande selbst und

anherber Rufstaus zu verheimlichen. Tatsächlich ist auch bis heute nur der unmittelbare Anhalt des Todes, nicht aber das zugrunde liegende Problem genau bekannt geblieben. Aus dem verhängnisvollen amtlichen Bulletin, die die Letzte über die Krankheit Lenins ausgegeben haben, darf auf Erkrankung des Gehirns des Zentralnervensystems und auf anatomische Veränderungen im Gehirngewebe des Mittelstrahles geschlossen werden. Ob die festgestellten Veränderungen im Kerngebiet und im Mittelstrahl auf eine gemeinliche infektiöse Ursache zurückzuführen sind, oder ob die Erkrankung des Kerngebietes als Folge einer allgemeinen multiplen Entzündung anzusehen ist, kann aus dem amtlichen Bulletin nicht mit Sicherheit geschlossen werden. Lenin litt seit einem Jahre an schweren Störungen im Mittelstrahl, an schweren Schlämungen der rechten Körperhälfte, zu denen sich Sprachstörungen und eine fortschreitende Verarminderung der Geisteskräfte gesellten. Die Annahme, es handle sich bei der Erkrankung Lenins um metastatische Erscheinungen, wird bestritten. Es liegen im Hinterkopf die Krankheit, soweit es in der Definitivität bekannt geworden ist, nicht nur ein Anzeichen von, sondern auch ein Anzeichen zu können. Mit der Annahme einer früheren infektiösen Infektion auch nicht unvereinbar, so sind auch die bekannt gewordenen Gründe, die für diese Annahme sprechen könnten, keineswegs zwingend.

### Der Streik wird umgekehrt.

Petersburg, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Vorladung Sinowjews hat der Reichsminister Komjet beschließen, die Stadt Petersburg in Leninstadt umzubenen.

London, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Abgeordnete James O'Grady hat den Reichstag über die Wirtschaftlicheren Vorkämpfer in Russland seit Ausbruch der Revolution zu werden, angenommen und bereits gefaßt an einer Besprechung des Ministerpräsidenten mit dem Leiter der russischen Handelsmission Rawitsch über die Frage der Anfernung Komjet'schen teilgenommen.

### Der ein tägliche Streit geht weiter.

London, 25. Januar. Wie zuverlässig vermeldet, haben die Direktoren der Eisenbahngesellschaften in ihrer Antwort auf die Vorlage des Heizer- und Zugführerverbands erklärt, es sei bei der Entschädigung des nationalen Wohlstandes benachteiligt zu müssen. Der Verband einzelner Beschäftigter, den Direktoren mitteilt, daß der Streit unabweisbar fortgesetzt werde. Der Zugverkehr hat sich geteilt auf einigen Stationen, zumal an der Linie Portsmouth-Southampton regelmäßig als vorerhalten abgewandelt. Die Lebensmittelzufuhr geht nach wie vor konstant. Heftig ist es nur um die Frage des Kohlentransportes beliebt. Währungsnoten sollen jetzt 12 Kohlenzüge nach London unterwegs sein.

London, 25. Januar. Die Regierung verfolgt die Streitbewegung mit wachsender Besorgnis. Der Reichsminister Thom Shaw hat gestern mit dem Generalmitglied der Trade Union eine längere Besprechung dieser Frage gehabt und hat am Nachmittag dem Kabinett einen Bericht über den Stand des Streiks gemacht.

Seine Einberufung des Reichstags. Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ist wegen der Arbeiten des Sachverständigenausschusses in Berlin vertagt worden. Auch die Einberufung des Reichstags kommt vorläufig nicht in Frage.

Eine interessante Anfrage in Berlin. Ein Preussischer Landtag haben die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Winder (Meerburg) und Wiltberg (Schleswig-Holstein) nachfolgende große Anfrage gestellt: Rundbreitenproben, auch sozialistischen Zeitungsarbeiten, sind in unzulässiger Weise von dem Reichstag Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abels, mit dem Führer der baltischen Sozialdemokraten ein Abkommen getroffen, nach dem die heutige Grenze als endgültig angenommen wird. Als Lohn für die Abkommen soll die sozialistische Presse von den Dänen mit Geld unterstützt werden. Sämt das Staatsministerium, dem der Präsident und mehrere Reichsminister der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abels, ein beratendes Abkommen im Staatsinteresse für erträglich.

Der Hiltersprozess am 18. Februar. Der Hiltersprozess findet in München statt. Die Verhandlung wird am Montag, den 18. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Amtsgerichts am Maria-Theresien-Platz beginnen.

Si wie vacem. 'Dach Chronicle' teilt mit, daß das englandische Justizministerium in aller Heimlichkeit die zugekauften von neuen Typen haben läßt, das der erste Apparat einer der ersten Typen der Welt ist. Die Maschine, ein Einzelbeder, soll in Kontinent verfertigt, das sie in wenigen Minuten in ein Kampf- bzw. Atomkraftflugzeug verwandelt werden kann.

Ein schwarzer Ritter der Ehrenlegion. Die französische Regierung hat dem Präsidenten der Republik Liberia, King, die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen.

'Melusine, wenn du mich den dritten Burtschen kein liebst?' fragte er jetzt, dicht neben ihr sitzend und mit einiger Hast, um viele Sekunden unter ihre Augen zu blicken. Sie lenkte den Kopf. 'Gott, du weißt es, ich dich du es liebe, wie lang, wie lang ich schon im stillen um dich geworden habe! Und du hast nicht auf mich gesehen! Ich dich?'  
'Aber ich habe dich ja gesehen und sah ihn in die Augen. Sie irrte die Hand nach der seinen, und zog sie über ihre Schulter zu sich herab. Und pregte sich einen Kuß auf sie.  
'Du nicht Melusine in ihrer Bewegung? — Die wollte er nicht gelten lassen!  
'Melusine! wenn du dich jetzt ganz zu mir gefunden hättest? Sieh', in allen den letzten Monaten habe ich nicht zu dir zu sprechen gewagt, in der Erwartung, du würdest inderhalb noch zu wunden sein! Kinnloch noch nicht überwinden haben.  
Sie segnete sein Laßgeißel, sein ihmunes heißes Wortien auf sie.  
'Du erhohe sie sich mit leuchtenden Augen. Voller Kraft und Glanzlicht und innerer Freude. 'Oh, das alles ist überwinden. Ausgesagt! Sieh', Friß, das Melusineherz ist so mannigfaltig in seinem Leben. Was ich dir jetzt an Liebe entgegenbringe, ist etwas Neues, etwas Eigenes für dich! Und das lebet in der Ueberzeugung, daß ich nicht nur durch dich glücklich werden will, sondern daß ich auch die Kraft in mir fühle, dich glücklich zu machen.  
'Er hielt sie in seinen Armen. Die damals am Hochzeitsfeste im Schloße draußen. Und doch, wieviel schöner und klarer war diese Stunde! Er neigte sich zu ihr herab und sprach sich alles vom Herzen.  
'Sieh', wenn du zu mir hierauf kommst, in mein Haus, dann wird auch in dir alles klar und fest werden! Du wirst mit mir die alte Heterogen unter unseren Sandletten ein Wort und ein Preis und eine Zukunft werden, die an ihrer beiden Eigenen art hängen. Die sich gegen die Bewandlung aufbauen. Wir brauchen in unserer Zeit und für die Zukunft feste, aufrechte Menschen, welche vor allen Dingen wollen: daß wir Glücklich sind und bleiben. — Darum, Melusine — unsere Heimat über alles!  
Draußen zogen die Kinder vom Berg herab vorbei. Sie geleiteten ihre junge Winterfröhen zu den Frühlingsblumen und wippende, fröhliche Winterfröhen in den Händen.  
'Der Mel' steht in Wollen —  
Wenger hoch lauschten den Kopf und hielt die Hand von Melusine in der seinen.  
'Ja, unsere Kinder der Heimat! Ja, unsere Zukunft unsere Hoffnungen!  
— Ende.



